

Übersicht

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) Handelsbeziehungen zu China Aus der Fragestunde des Deutschen Bundestages

(212. Sitzung am 15.1.1976)

Dr. Schweitzer (SPD):

Wie haben sich die Handelsbeziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1975 entwickelt, und wie beurteilt die Bundesregierung die weiteren Möglichkeiten auf diesem Gebiet?

Grüner,

Parlamentarischer Staatssekretär:

Die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern haben sich im vergangenen Jahr günstig entwickelt. Während unser Gesamtexport vom Januar bis November 1975 um 4,5 Prozent abnahm, stiegen die Ausfuhren nach China um 20,1 Prozent auf rund 1,6 Milliarden DM. Deutsche Firmen wirken an einigen Großprojekten in China mit, vor allem am Aufbau des Kaltwalzwerks mit Stranggußanlage bei Wuhan; deutscher Lieferwert 651 Millionen DM. Auch der Zuwachs der Einfuhren aus China, die sich im angegebenen Zeitraum auf 498 Millionen DM beliefen, lag mit 10,3% erheblich über dem Wachstum des Gesamtimports. Der deutsche Aktivsaldo im Warenverkehr mit China betrug 665,9 Millionen DM.

Die Technische Ausstellung der Bundesrepublik Deutschland - TECHNOGERMA - vom 5. bis 18. September 1975 in Peking, an der 330 Firmen teilgenommen haben, und die Nationalausstellung der Volksrepublik China in Köln dürften für die weitere Entwicklung des Warenaustausches wichtige Impulse gegeben haben, so daß auch im laufenden Jahr mit einem weiteren Zuwachs in beiden Richtungen gerechnet werden kann.

Während des Besuchs des Herrn Bundeskanzlers in der Volksrepublik China vom 29. Oktober bis 2. November 1975 wurde in einem Briefwechsel die Gründung einer Gemischten Regierungskommission für die Förderung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen vereinbart. Die Kommission wird voraussichtlich noch in diesem Jahr unter Beteiligung von Vertretern der deutschen Wirtschaft in Peking erst-

mals zusammentreten und sich u.a. mit Möglichkeiten zur Steigerung der Ausfuhren der Volksrepublik China in die Bundesrepublik Deutschland befassen. Zahlreiche deutsche Unternehmen haben ihr Interesse am Bezug von Rohstoffen aus der Volksrepublik China bekundet. (Vollständiger Text der Mitteilung in "Parlament" vom 24.1.1976)

(2) China-Kontingente auf 73 Mio. DM aufgestockt

Die Kontingente für Einfuhren aus der VR China in die Bundesrepublik sind zum 1.1.1976 auf 73 Mio. DM erhöht worden. Mit diesem Schritt, der mit der Europäischen Gemeinschaft abgestimmt worden ist und von der Bundesregierung bereits in Aussicht gestellt worden war, werden die China-Kontingente durchschnittlich um 36% erhöht. Damit sollen die China-Kontingente denen für andere Staatshandelsländer weiter angeglichen werden. Diese Kontingente werden nur um 6% erweitert. Da diese Ausdehnung in etwa dem vorausgeschätzten Preisanstieg entspricht, dürfte das Importvolumen sensibler Waren kaum steigen. Allerdings sind 1975 die Kontingente nicht aufgestockt worden. Den geringen Anstieg in diesem Jahr möchte das Wirtschaftsministerium als politische Geste verstanden wissen, die zeigt, daß die Liberalisierung auch in konjunkturell schlechten Zeiten nicht gestoppt wird. Es könne jedoch nicht damit gerechnet werden, daß die Beschränkungen rasch weiter abgebaut werden. Der harte Kern werde aus Struktur- und regionalpolitischen Gründen bleiben, heißt es im Wirtschaftsministerium. Gegenwärtig sind noch 7% der Warenpositionen kontingiert, unter ihnen Textilien, Spielwaren, Sportartikel, Glas- und Korbwaren, bei denen die Staatshandelsländer lieferfähig sind. Die Sonderbehandlung Chinas wird mit einem Nachholbedürfnis erklärt, da die Liberalisierung gegenüber anderen Staatshandelsländern, mit denen die Bundesrepublik schon früher diplomatische Beziehungen aufgenommen hat als mit China, schon weiter fortgeschritten ist. Besonders kräftig - und zwar um 69% auf 33 Mio. DM - wurden die China-Kontingente im Textilbereich aufgestockt.

Von der Importwirtschaft wird die Aufstockung der Kon-

tingente als ein Schritt in die richtige Richtung bezeichnet. In den ersten 9 Monaten 1975 stiegen die deutschen China-Exporte um 20,1% auf 907 Mio., die Importe um 9,3% auf 388 Mio DM (Die Welt, 10.1., und VWD/NfA, 13.1. 1976).

(3) Neuer dpa-Korrespondent in Peking

Am 29. Januar hat Hans-Jürgen Höfer als neuer Korrespondent der Deutschen Presseagentur (dpa) in Peking seine Arbeit aufgenommen. Er löste Hans-Joachim Bargmann ab, der Mitte der sechziger Jahre und dann wieder Anfang der siebziger Jahre nach Peking entsandt worden war und jetzt Leiter des Washingtoner dpa-Büros wurde.

DDR

(4) Neuer DDR-Botschafter für China

Als neuer Botschafter der DDR in Peking hat Helmut Liebermann in Peking sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Liebermann, ein Karrierediplomat, gilt als China-Kenner. Er war bereits von 1962 bis 1967 an der DDR-Botschaft in Peking tätig gewesen, zuletzt als Geschäftsträger. Seitdem hatte er im Ostberliner Außenministerium bis 1973 als Stellvertreter und anschließend als Leiter der Abteilung Ferner Osten gearbeitet. Liebermann löst den bisherigen Botschafter Johann Wittik ab, einen altgedienten Parteifunktionär, der im Gegensatz zu Liebermann dem SED-Zentralkomitee, und zwar seit 1964, angehört. Wittik, der zuvor eine leitende Funktion im Volkswirtschaftsrat der DDR gehabt hatte und von 1965 bis 1972 Minister für Leichtindustrie der DDR war, wurde 1973 als Botschafter der DDR nach China geschickt (Die Welt, 31.1.1976).

Auch die Sowjetunion hatte lange Jahre ein ZK-Mitglied als Botschafter in Peking. Bereits nach der Kulturrevolution jedoch entsandte man einen Karrierediplomaten, der die Partei nicht automatisch mitvertritt. In diesem Wechsel kam deutlich zum Ausdruck, daß man die Beziehungen zu Peking nur noch auf Staat-Staat-Ebene, nicht mehr auf Partei-Partei-Ebene, pflegen wollte. Die DDR ist diesem Beispiel jetzt offensichtlich gefolgt.

WESTEUROPA

(5) China bereit zu Handelsgesprächen mit der EG

In Brüssel wird damit gerechnet, daß in den nächsten Wochen eine chinesische Delegation Sondierungsgespräche mit der EG-Kommission über ein Handelsabkommen aufnimmt. Wie von seiten der EG-Kommission betont wird, handelt es sich dabei jedoch noch nicht um direkte Verhandlungen, sondern lediglich um Vorgespräche. Ein Handelsabkommen der EG mit Peking dürfte, falls es zustande kommt, auch eine Meistbegünstigungsklausel enthalten, die dem Handel des Gemeinsamen Marktes mit China die gleichen Vergünstigungen wie anderen mit der Gemeinschaft freundschaftlich verkehrenden Staaten einräumt. Es wird damit gerechnet, daß die Quoten für Einfuhren aus der Volksrepublik China in dem Bereich der Gemeinschaft erhöht, gleichzeitig aber "Sicherungen" für den Fall eingebaut wer-

den, daß die Einfuhren aus China einen für die Wirtschaft der EG nachteiligen Umfang erreichen. EG-Beamte glauben ferner, daß die Chinesen besonders an der Erwerbung von europäischer Technologie interessiert sind. Die Chinesen haben sich seit der Akkreditierung ihres Botschafters bei der EG am 15. September insbesondere Erläuterungen über das handelspolitische System der EG und die aus nationaler in Gemeinschaftshand übergegangenen handelspolitischen Kompetenzen verschafft. China ist bisher der einzige kommunistische Staat, der die Gemeinschaft diplomatisch anerkannt und einen Botschafter in Brüssel akkreditiert hat. Das chinesische Interesse an einem Handelsabkommen mit Brüssel wird von der EG-Kommission auch politisch begründet. So wird die EG-Region als strategische Zwischenzone von den Chinesen angesehen, die Unabhängigkeit von der Hegemonie der beiden Supermächte beibehalten soll. Auf das politische Interesse Chinas an der EG ging auch die bulgarische Zeitschrift Nahodna Armia ein. Der Kommentator schreibt: "Hinter dem politischen Aspekt der chinesischen Anerkennung der EG soll jedoch die andere Seite dieses Schrittes, nämlich die ständig zunehmende Orientierung der Beziehungen Chinas in Richtung kapitalistischer Länder, einschließlich der EWG, verschleiert werden. China hat unter all den Konsequenzen der Wirtschaftskrise und vor allem unter der um sich greifenden Inflation in den kapitalistischen Ländern zu leiden. Dies zeigt sich besonders deutlich in den Preisen für Maschinen und Ausrüstungen. In vielen Fällen bedeutet dies, daß die Steigerung der Einfuhren nicht aus einer Zunahme des Volumens, sondern aus einem Ansteigen der Preise für die gleiche Menge der Güter wie vorher resultiert. Aufgrund der geographischen Struktur seines Handels wird China von allen negativen Konsequenzen des ausbeuterischen Charakters der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den kapitalistischen und den Entwicklungsländern in Mitleidenschaft gezogen. Der politische Aspekt der chinesischen Außenwirtschaftsbeziehungen verurteilt China dazu, der Wettbewerbssituation auf den Märkten der kapitalistischen Länder ausgesetzt zu sein. Als Folge der politischen und wirtschaftlichen Kurzsichtigkeit der maoistischen Führung, die auf ihre chauvinistische und Großmachtpolitik zurückzuführen ist, hat sich China von seinen natürlichen Verbündeten, der Sozialistischen Gemeinschaft, getrennt. Dadurch wird nicht nur den Interessen des internationalen Sozialismus, sondern auch den Interessen der chinesischen Wirtschaft Schaden zugefügt." (VWD/NfA, 29.1.1976, The Times, 28.1.1976, Süddeutsche Zeitung, 28.1.1976, BPA-Ostinformationen, 23.1.1976)

(6) Zustimmender Kommentar zu den Ergebnissen des Schmidt-Besuches in Griechenland

In affirmativem Unterton berichtet Hsinhua (NCNA, 31.12.1975) über den Besuch des deutschen Kanzlers in Athen. Hervorgehoben wird vor allem die Übereinstimmung, daß Griechenland langfristig Vollmitglied der EG werden solle und daß die Sicherheit Südosteuropas ein integrierender Bestandteil der gesamteuropäischen Sicherheit sei. Karamanlis habe zu Recht die Forderung nach einem starken und vereinten Europa erhoben.

(7) Peking vergleicht Margret Thatcher mit Churchill

Peking applaudiert der Vorsitzenden der britischen Konservativen, Frau Margaret Thatcher, die am 19. Januar vor der sowjetischen Gefahr warnte. JMJP vergleicht Margaret Thatcher mit Winston Churchill, der am Vorabend des Zweiten Weltkrieges "die Völker vor den Gefahren gewarnt hatte, die sich aus Hitlers Politik ergaben. Der damalige Führer der britischen Konservativen sah sich daher lärmenden Angriffen von seiten der Nazis ausgesetzt. Die Geschichte scheint sich heute zu wiederholen, denn die Sowjetrevisionisten stoßen getreu den Traditionen Hitlers die gleichen Schimpf- und Schmähworte aus, um die britischen Staatsmänner einzuschüchtern, die der 'Entspannung' nicht trauen" (NCNA, 29.1.1976).

(8) Peking begrüßt die Annäherung Spaniens an die NATO

Hsinhua (NCNA, 25.1.1976) weist im Anschluß an einen Bericht über den zwischen Spanien und den USA am 24. Januar geschlossenen "Vertrag zwischen Freundschaft und Zusammenarbeit" darauf hin, daß Spanien der Atlantischen und der Europäischen Gemeinschaft nähergetreten sei. Unter Berufung auf einen "hohen amerikanischen Beamten" wird erklärt, daß "der Vertrag Spanien näher an die NATO herañführe, und zwar vor allem im psychologischen Sinne". In einem UPI-Bericht habe es geheißsen, der Vertrag verbinde Spanien indirekt mit der NATO.

Diese Art der Wiedergabe fremder positiver Stellungnahmen zu dem Schritt Spaniens ohne eigenen Kommentar zeigt, daß Peking der neuen Entwicklung positiv gegenübersteht.

Die Ostblockreaktion ließ nicht lange auf sich warten. Die bulgarische BTA (englisch, 27.1.1976) wies darauf hin, daß "die Maoisten es eilig haben, den Militärvertrag zwischen den USA und Spanien zu begrüßen. Die maoistische Führungsclique bewies wieder einmal, daß sie bereit ist, jeden Kompromiß mit der Reaktion und dem Imperialismus zu schließen, wenn dieser sich gegen die Friedenspolitik der Sowjetunion, gegen die Entspannung zwischen Ost und West und die Verbesserung des politischen Klimas in der Welt richtet."

Der neue DDR-Botschafter traf am 27. Januar mit Yü Chan, dem chinesischen Stellvertretenden Minister für Auswärtige Angelegenheiten, zusammen und "erörterte mit ihm Fragen in Zusammenhang mit der Überreichung seines Beglaubigungsschreibens" (NCNA, 27.1.1976).

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(9) Die Reaktion Moskaus auf Chou En-lais Tod

Einen Tag nach der Beisetzung des verstorbenen chinesischen Ministerpräsidenten Chou En-lai hat das sowjetische Parteiorgan Prawda am 16.1. die Führung der VR China angegriffen, und zwar mit einem Artikel, der mit "I. Alexandrow" gezeichnet war - einem Pseudonym, das erfahrungsgemäß für hochoffizielle Stellungnahmen, meistens des ZK, benutzt wird. Die Maoisten hätten die Sache des Friedens und des Sozialismus verraten. Ihre antisowjetische Hysterie sei auf

Furcht vor dem chinesischen Volk zurückzuführen, das sie betrogen und dessen Interessen sie mißachtet hätten. Das chinesische Volk sei vital an der Wiederherstellung der Freundschaft mit der Sowjetunion u.a. kommunistischen Staaten interessiert. Wörtlich: "Die Zeit wird kommen, da das Volk die Fesseln abwirft, die es an der Erreichung wirklicher Freiheit und wirklicher Prosperität unter dem Sozialismus hindern. Es wird dann jene zur Rechenschaft ziehen, die jetzt versuchen, seinen Verstand mit "maoistischen Fieberphantasien" zu vernebeln. Die Geschichte wird ein strenger Richter sein. Der Name des verstorbenen Regierungschefs Chou taucht nicht auf. Während nichts darauf schließen läßt, daß sich am Moskauer Kurs gegenüber Peking vorläufig etwas ändern wird, bemühte sich Radio Moskau in einem ausführlicheren Kommentar am 24.1.1976, die Rolle des verstorbenen Ministerpräsidenten differenzierend gegenüber dem "maoistischen Regime" zu werten. Während er - nach den Worten Moskaus - sah, welches tragisches Mißgeschick die unverhohlenen Widersacher Maos erlitt, und ohne Zweifel berücksichtigte, wie schwer es sei, dem zu fanatischen Ausmaßen aufgeblähten Mao-Kult entgegenzuwirken, wählte Chou En-lai für sich eine andere Mission:

"Er blieb in der chinesischen Hierarchie ewig der Zweite und benutzte sein großes Ansehen, seine nüchterne Vernunft und seinen Scharfsinn eines Realisten, um mehr oder weniger die Wunden zu heilen, die die extremistische Politik Maos China schlug. Wie man meint, mußte er das nach dem Mißerfolg des berühmten 'Großen Sprungs' tun, der die chinesische Wirtschaft untergrub, und nach der verheerenden 'Kulturrevolution', die China an den Rand des Bürgerkrieges brachte....Man darf nicht fehl gehen: Diese Kompromißlinie diene objektiv dem Regime, aber die vernünftigen Menschen müssen Chou En-lai als Verdienst das Bestreben anrechnen, die Ausmaße des Unheils einzuschränken, das durch die Unvernunft Maos angerichtet wurde" (MD, 26.2.1976).

(10) Wurde der sino-sowjetische Konflikt durch CIA-Desinformation mitverursacht?

Im Rahmen der seit Wochen laufenden Enthüllungsskandale um den CIA hat die Washington Post unter Berufung auf Geheimdienstkreise berichtet, daß die Central Intelligence Agency schon Anfang der sechziger Jahre versucht habe, mit bewußt ausgestreuten Falschmeldungen die Spannungen zwischen Moskau und Peking anzuheizen. U.a. soll sie chinesische Zeitungen abgefangen und mit gefälschten Artikeln gespickt haben. Die CIA unterstütze angeblich rund um die Welt ein ausgedehntes Netz von Journalisten, Radiostationen, Zeitungen und Nachrichtenagenturen, die in bestimmten Ländern gegen einen zu starken sowjetischen Einfluß wirken sollen.

Die "CIA-Enten" sollen so erfolgreich gewesen sein, daß die Geheimdienstorganisation spezielle Unternehmen starten mußte, um zu verhindern, daß US-Spitzenpolitiker auf die Falschmeldungen des eigenen Geheimdienstes hereinfließen.

Zu Beginn der chinesisch-sowjetischen Kontroverse strahlten - der Washington Post zufolge - CIA-Radiostationen auf Taiwan und in anderen Teilen Asiens Sendungen aus, in denen beispielsweise sowjetische Politiker attackiert wurden.

Die Stationen hätten dabei so gearbeitet, daß sie dem sowjetischen Abhördienst als Sender auf dem chinesischen Festland erscheinen mußten Nachrichten dieser Art seien auch in Hong Kong aufgefangen und als "rotchinesische Kommentare" in die Weltpresse weitergegangen.

Der Zeitung zufolge sicherte sich die CIA auch die Zusammenarbeit mit Postämtern in Asien, durch die für das Ausland bestimmte Zeitungen aus der Volksrepublik China liefen. Die Zeitungen seien abgefangen worden. Dann habe man einen Artikel entfernt und durch einen gefälschten Bericht der CIA ersetzt. Anschließend seien die Zeitungen neu gedruckt und weiterversandt worden (FR, 19.1.76).

(11) Peking warnt vor den "wahnwitzigen Anstrengungen der Sowjetrevisionisten in der Rivalität um die Hegemonie"

Der "Sowjetrevisionismus" habe in den Jahren zwischen 1962 - 1972 "wie verrückt seine Marinestreitkräfte aufgebaut, um die Weltvorherrschaft zu gewinnen". Zwischen 1962 und 1972 seien pro Jahr schätzungsweise 90, insgesamt 911 Kriegsschiffe gebaut worden. Von 1972 bis 1974 habe Moskau jedes Jahr im Durchschnitt 39 große Kriegsschiffe und 6 mit Raketen bestückte Atom-U-Boote in Dienst gestellt. Im letzten Jahrzehnt habe die Sowjetunion für den Bau von Kriegsschiffen rd. 50 % mehr Geld als die USA ausgegeben. An U-Boot-Einheiten habe die Sowjetunion schon jetzt die USA übertroffen. Dasselbe treffe für Raketenkreuzer und Raketenzerstörer zu. Besonders vorrangig bemühe man sich um Marine-Infanterie-Einheiten und um den weiteren Bau von Flugzeugträgern und raketenbestückten Atom-U-Booten. Außerdem seien Tausende von Handelsschiffen, Trawlern und wissenschaftlichen "Expeditionsschiffen" gebaut worden, von denen viele militärischen Zwecken dienten. Die Sowjetunion wolle ihre Flagge auf allen sieben Weltmeeren flattern lassen. Europa sei der Schwerpunkt des sowjetischen Aufmarsches. 70 % aller Sowjet-U-Boote und 75 % der Kriegsschiffe seien in den europäischen Meereszonen massiert, und zwar sowohl an der nördlichen Flanke (Grönland, Irland, Färöer) und an der südlichen Flanke (von Gibraltar bis zum Bosphorus und den Dardanellen. Westeuropa solle zangenartig in den Griff genommen werden.

Im Indischen Ozean kreuzten ständig mehr als 20 sowjetische Kriegsschiffe. Den Anliegerstaaten würden Basen und Hafenbenutzungsrechte aufgezwungen. Die Kreml-Zaren versuchten, einen sicheren Zugang vom Schwarzen Meer über das Mittelmeer durch den Suez-Kanal, den Indischen Ozean und den Pazifik in das Japanische Meer zu erlangen. Dadurch könnten sie die Verbindungen zwischen der atlantischen und der pazifischen Flotte der USA abschneiden und den "Erdölweg" vom Persischen Golf durch den Suez-Kanal ins Mittelmeer in eine "Straße des Moskau-Imperiums" verwandeln.

Selbst im Pazifik hätten die Kriegsflotten der Sowjetrevisionisten die 7. Flotte der USA an Zahl und Tonnage ausgestochen.

Angesichts dieser Ambitionen wollten sich aber auch die USA nicht schwach zeigen und seien in ein Wettüben mit der Sowjetunion eingetreten, wobei man beiderseits stets

das Wort "Entspannung" auf den Lippen führe (JMJP, 22.11.75).

NORDAMERIKA

(12) Ständige Büros in Peking sind US-Firmen zu teuer

Über die Schwierigkeit, mit einem Büro ständig in Peking präsent zu sein, beklagte sich die New York Times. Obwohl die Bedingungen variieren, schrieb das Blatt, daß die meisten Firmen zwischen 1500 und 2000 US\$ pro Mann, das Gehalt nicht eingerechnet, zahlen müssen, um eine ständige Präsenz in China zu erreichen. Gegenwärtig habe die chinesische Regierung keiner einzigen ausländischen Firma die Genehmigung gegeben, auf chinesischem Boden ein Büro zu errichten. Dennoch gibt es für ausländische Geschäftsleute die Möglichkeit eines zeitlich befristeten Aufenthalts. Der Status solcher Geschäftsleute ist dem anderer nicht diplomatischer Besucher vergleichbar. Die Visa, die ihnen gewährt werden, gelten für 30 bis 60 Tage und müssen danach erneuert werden. Als Büroraum für Geschäftsleute, die nicht an einem ständigen Projekt in China arbeiten, stehen gewöhnlich nur Hotelräume zur Verfügung. Geschäftsleute können damit rechnen, daß sie im Laufe ihres Aufenthaltes in China das Hotel mehrfach wechseln müssen, um Besuchern oder Diplomaten Platz zu machen. Bisher ist es nur einer japanischen Firma gestattet, ein privates Telex zu installieren. Eine weitere Schwierigkeit, mit der ausländische Firmen in China rechnen müssen, besteht darin, daß die Chinesen gewöhnlich nicht für Ausländer arbeiten (International Herald Tribune, 12.1.76).

(13) Volksdiplomatische Kontakte mit den USA

Julie Nixon-Eisenhower, die Tochter des früheren US-Präsidenten Nixon, und ihr Mann, David Eisenhower, wurden in der VR China während ihres einwöchigen Besuches wie Staatsgäste behandelt. Der Stellvertretende Vorsitzende des Staatsrats, Teng Hsiao-p'ing, gab für sie ein Essen (NCNA, 6.1.76). Schließlich wurden sie sogar von Mao Tse-tung persönlich zu einer Audienz empfangen. Zwei Pekinger Tageszeitungen druckten die Nachrichten von diesem Ereignis an hervorragender Stelle ab. Die Begegnung mit dem Vorsitzenden war von vornherein fest ins Programm der Besucher eingeplant worden, während US-Präsident Gerald Ford erst nach seiner Ankunft in Peking erfuhr, daß der Vorsitzende ihn empfangen werde.

Mao bat seine Besucher, den ehemaligen Präsidenten Nixon zu grüßen und ihn wissen zu lassen, daß er zu einem neuen Besuch in China willkommen sei. Die Watergate-Affäre hat dem ehemaligen Präsidenten, der sich als Eisbrecher in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen erwiesen hat, nicht geschadet.

Gleichzeitig weilte eine Delegation weiblicher Kongreß-abgeordneter aus den USA in China. Sie wurde u.a. vom chinesischen Außenminister empfangen (NCNA, 31.12.75). Kühle Beziehungen zum offiziellen Washington und Gesten

der Freundschaft gegenüber inoffiziellen Einzelbesuchern und Volksvertretern zeichnet also die derzeitige Politik Pekings gegenüber den USA aus.

(14) Prawda-Vorwurf: US-Sender holen ihre Propaganda-Munition aus Peking

Am 13. Januar beschuldigte die sowjetische Parteizeitung "Prawda" die beiden von München aus nach Osteuropa sendenden Rundfunkstationen "Radio Freies Europa" und "Radio Liberty", sie benutzen immer mehr antisowjetisches Material aus Peking. Gleichzeitig wird die Bundesrepublik der Verletzung des Geistes der Europäischen Sicherheitskonferenz beschuldigt ("Die Welt", 14.1.1976).

AFRIKA

(15) Die "Ziele der neuen Zaren in Angola" aus Pekingers Sicht

"1. Angola ist strategisch von großer Bedeutung. Mittels der Kontrolle über dieses Land könnten sie den Südatlantik kontrollieren und die Seetransportwege der NATO im Falle eines Krieges unterbinden. Dies würde sie ihrem Ziel im Streben nach der Weltherrschaft beträchtlich näherbringen.

2. Angola ist reich an Erdöl u.a. Naturschätzen. Die Kontrolle über diese Naturschätze wäre für die neuen Zaren in einem Aggressionskrieg ein gewaltiger 'Gewinn'.

Mittels der Zerschlagung der Einheit der Befreiungsbewegungen in Angola könnten sie die Einheit ganz Afrikas untergraben. Dies würde für sie bei ihrer weiteren Expansion und Infiltration auf diesem Kontinent von großem Nutzen sein" (NCNA, 25.1.1976).

Zu schweren sino-sowjetischen Auseinandersetzungen um Angola kam es auch am 29./30.1.1976 in der UNO. Der chinesische UNO-Botschafter Lai Ya-li erhob schwere Vorwürfe gegen die Sowjetunion, die "im Alleingang den Bürgerkrieg in Angola provoziert, große Mengen moderner Waffen geliefert und in häßlicher neokolonistischer Weise" die afrikanische Einheit untergraben habe.

Der sowjetische Vertreter Malik bezichtigte seinerseits die Volksrepublik China der Unterstützung von Kolonialismus, Neokolonialismus, des südafrikanischen Rassismus und anderer Kräfte, die die VR Angola vernichten wollten. Die Sowjetunion habe Mozambique unterstützt, Guinea-Bissau und viele afrikanische Länder. Seien sie deshalb bereits zu sowjetischen Kolonien geworden? Moskau habe sogar China geholfen, und China sei bestimmt keine sowjetische Kolonie geworden.

Zu ähnlichen Auseinandersetzungen mit ähnlichen Argumenten war es bereits am 24. November vor der UNO gekommen. Damals standen sich dieselben Kontrahenten gegenüber (Näheres dazu PRu 1975, Nr. 50, S. 8 ff). Hauptvorwurf der Chinesen, die Sowjetunion habe eine Politik des "Teile und herrsche" getrieben, indem sie die drei angolanischen Befreiungsbewegungen gegeneinander aufgehetzt und eine von ihnen mit schweren Waffen beliefert habe, wie sie das angolanische Volk während seines Kampfes gegen die

Kolonialherrschaft niemals erhalten hatte. Die Sowjetunion säe unaufhörlich Zwietracht zwischen den afrikanischen Ländern und schaffe Differenzen, nicht zuletzt in der OAU. All dies geschehe, um im Ringen mit dem US-Imperialismus um die Hegemonie in Afrika einen Vorsprung zu gewinnen.

In der Tat liegt Moskau zur Zeit im afrikanischen Rennen nicht schlecht: Es hat enge Beziehungen zu Mozambique und Guinea-Bissau und hat mit der MPLA ein heißes Eisen im Feuer. Außerdem steht sich die Sowjetunion gut mit dem Regime in Somalia wie auch in Nigeria, dessen Föderalisten sie im Kampf gegen Biafra unterstützt hatten. Enge Verbindungen unterhält die Sowjetunion auch mit der SWAPO in Namibia (Südwestafrika), mit der Zapu in Rhodesien und mit der südafrikanischen ANC. All diese Länder liegen bezeichnenderweise an günstigen Küstenabschnitten Afrikas und könnten langfristig den Seeambitionen Moskaus dienlich sein. Strategisch von höchster Wichtigkeit sind Angola und Somalia.

Zur Erklärung des Außenministeriums der VR China zur Angola-Frage vgl. im übrigen PRu 1975, Nr. 47, S. 11.

Um seinen Standpunkt in der Angola-Frage zu bekräftigen, zieht Hsinhua affirmative Aussagen aus den verschiedensten Quellen heran. U.a. wird auch Hans-Dietrich Genscher zitiert, der am 26. Januar im ZDF die großangelegten Waffenlieferungen der Sowjetunion nach Angola und den Eingriff kubanischer Truppen getadelt hatte (NCNA 27.1.1976).

Die Erfolge der Sowjetunion sind eine mittlere Katastrophe für die chinesische Afrika-Politik. Besonders paradox mag es in Peking erscheinen, daß man sich nun mit Präsident Nyerere von Tansania, den man jahrelang unterstützt hat und für dessen Land das bisher teuerste Entwicklungsprojekt, die Tanzam-Bahn, erstellt wurde, in der Angola-Frage im Widerspruch befindet. Nyerere unterstützt die MPLA, China dagegen favorisiert - wegen der sowjetischen MPLA-Unterstützung - die beiden anderen Befreiungsbewegungen, und fand sich damit unversehens in Gemeinschaft mit eben jenem Südafrika, gegen das es Nyerere jahrelang unterstützt hat.

ASIEN

(16) Delhi: Verbotene extremistische Gruppen Werkzeuge Pekings und Washingtons

Ein offiziöser politischer Kommentar des 'All India Radio' vom 8.1.76 vermutet hinter den Aktivitäten der verbotenen extremistischen Gruppen und "maoistischen Elemente", - "die ein offenes Verhältnis zu unserem feindlichen Nachbarn im Norden unterhalten und erklären, sein Vorsitzender sei ihr Vorsitzender" -, die lange Hand Pekings und Washingtons.

Im Hinblick auf Presseberichte über den Versuch einer Neugruppierung der indischen Maoisten heißt es: "Hätten sie die Unterstützung irgendeines Bevölkerungsteiles, so wären ihre Aktivitäten Anlaß zur Besorgnis. Dennoch ist Wachsamkeit erforderlich, und jeder wird den

Beschluß der Konferenz der Chefsekretäre und Generalinspektoren der Staatspolizei begrüßen, Schritte zur Eindämmung dieser Aktivitäten zu unternehmen und Beschäftigte der Regierung zu entfernen, die in Verbindung mit diesen verbotenen Organisationen stehen.

Der üble Charakter dieser zerstörerischen Aktivitäten zeigt sich, wenn man sie im Zusammenhang mit der äußeren Bedrohung des Landes sieht“.

Das "expansionistische" China wird dabei, ohne direkt beim Namen genannt zu werden, als latenter Gefahrenherd herausgestellt:

"Im Norden haben wir einen feindlichen Nachbarn. Sein gefährliches Potential wurde durch den Anschluß von Sikkim, durch den Beschluß des Naga - Untergrundes, die Waffen zu strecken und sich zu ergeben, durch das feste Vorgehen gegen die feindlichen Mizo und durch den politischen Umschwung in den Staaten Jammu und Kaschmir ziemlich reduziert. Doch kürzlich erinnerte uns unser Nachbar erneut an seine andauernde Feindschaft ... Ferner setzte er in Nachbarländern seine feindliche Aktivität gegen uns fort.

Er war einem unserer Nachbarn bei der Aufrüstung behilflich und behinderte auf diese Weise den Normalisierungsprozeß auf dem Subkontinent. In letzter Zeit wurde er in einem anderen Nachbarland tätig.

Er versucht in Wirklichkeit, unseren Osten von allen Seiten in Bedrängnis zu bringen. Und jetzt knüpft er Bande zum Neokolonialismus, um eine ausländische militärische Präsenz in der Region aufrechtzuerhalten, (? damit) er in die Lage kommt, seine Expansionspläne durchzuführen."

Insbesondere wird die Gefahr eines Bündnisses zwischen Peking und Washington herausgestellt:

"Das neue Bündnis zwischen unserem nördlichen Nachbarn und dem Neokolonialismus konfrontiert uns mit einer ernstern Gefahr als je seit unserer Unabhängigkeit Wir wissen, daß die R S S (Rashtriya Swayamsevak Sangh), die Anand Marg und die Jamaat (Moslemorganisation) in gleichem Maße Werkzeuge des Neokolonialismus sind wie die Maoisten unseres nördlichen Nachbarn Nach Vietnam und Kambodscha bedient sich der Neokolonialismus in letzter Verzweigung des Wunsches unseres feindlichen Nachbarn im Norden, seine Präsenz in diesem Teil der Welt zu festigen. Ein unabhängiges Indien ist ein Hindernis auf seinem Weg. Daher also rührt das Bemühen um eine Schwächung der indischen Politik und die Zerstörung unserer öffentlichen Ordnung "

(MD v. 22.1.76)

(17) Gromyko in Tokyo

Anfang Januar 1976 verbrachte der sowjetische Außenminister Andrei Gromyko fünf Tage in Tokyo, um u.a. die japanische Regierung dahingehend zu beeinflussen, den mit einer - antisowjetischen - Anti-Hegemonie-Klausel versehenen "Friedensvertrag" mit Peking nicht zu unterzeichnen. Gleichzeitig wollte er die Japaner veranlassen, baldmöglichst einen japanisch-sowjetischen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Wie Ministerpräsident Takeo Miki jedoch bekanntgab, kann ein solcher Vertrag mit Moskau nicht zustande kommen, da die Sowjetunion sich nach wie vor dagegen sperre, die 1945 be-

setzten Nordkurileninseln an Japan zurückzugeben.

Als Gromyko am 13. Januar Tokyo nach erfolgreichen Gesprächen verließ, mußten 3000 Polizisten seinen Weg zum Flughafen bewachen. Links- und Rechtsgruppen marschierten durch die Straßen und demonstrierten zu dieser Zeit für die Rückgabe der vier Inseln.

Gromyko hatte die Japaner vor einer Annäherung an die Volksrepublik China, vor allem vor Unterzeichnung der Anti-Hegemonie-Klausel, gewarnt. Der japanische Ministerpräsident gab jedoch noch am gleichen Tag bekannt, daß Tokyo sich nun beschleunigt um Abschluß des Vertrags mit Peking bemühen werde. Gleichzeitig sprach er sich auch für bessere Beziehungen zur Sowjetunion aus, schloß jedoch einen Friedensvertrag bis zur Rückgabe der vier Kurileninseln aus. Miki verteidigte u.a. die von China angestrebte Klausel, in der alle Hegemoniebestrebungen in Asien verurteilt werden sollen, als einen "Grundsatz des Friedens". Das Prinzip sei schon im amerikanisch-chinesischen Kommuniqué von Shanghai vom Februar 1972 enthalten und sei im September des gleichen Jahres in einem chinesisch-japanischen Kommuniqué bekräftigt worden, das der damalige Ministerpräsident Tanaka unterzeichnet hat. Auch hätten die USA und die UdSSR im Mai 1972 vereinbart, daß keine der beiden Seiten "besondere Rechte und Vorteile in Angelegenheiten der Welt" wahrnehmen solle. Ungeachtet der Terminologie stimmten die USA, China, die Sowjetunion und Japan in ihrer Ablehnung einer Hegemonie überein, sagte der Ministerpräsident (wiedergegeben in FAZ, 14.1.76). Miki wußte selbstverständlich, daß die Anti-Hegemonie-Klausel keineswegs neutral gemeint ist, sondern einen durchaus antisowjetischen Unterton trägt. Auch Gromyko dürfte ihn über die entsprechende Perzeption Moskaus kaum im unklaren gelassen haben.

Sollte Tokyo eine Absichtserklärung wahrnehmen und den Vertrag mit Peking unterzeichnen, wäre es abermals ein gutes Stück von seiner früher präzipierten Äquidistanzpolitik zwischen Moskau und Peking abgerückt. Die VR China hätte einen weiteren Sieg auf der asiatischen Szene erzielt. Die japanische Regierung darf sicher sein, daß sie für einen prochinesischen Schritt weite Zustimmung innerhalb der japanischen Öffentlichkeit finden würde, die von einer starken China-Lobby beeinflusst wird, während von einer Sowjet-Lobby praktisch nicht die Rede sein kann.

Für Gromyko war das Ergebnis des Tokyo-Besuches mehr als mager: Das sowjetisch-japanische Kulturabkommen wurde um zwei weitere Jahre erweitert. Gleichzeitig vereinbarten beide Regierungen die engere Zusammenarbeit in der Nuklearforschung. Außerdem willigte die Sowjetunion in die Freilassung von mehr als 30 japanischen Fischern ein, die wegen angeblicher Verletzung sowjetischer Gewässer festgenommen worden waren. Die großen Fragen (Rückgabe der Kurileninseln, Abschluß eines sowjetisch-japanischen Friedensvertrags und Abstandnahme der japanischen Regierung von einer Unterzeichnung der Anti-Hegemonie-Klausel) blieben jedoch ungelöst.

Hsinhua (NCNA, 16.1.76) kommentiert die sowjetische Ablehnung, den Inselpreis an Japan für die Unterzeichnung des sowjetisch-japanischen Friedensvertrags zu zahlen, mit der von Moskau befürchteten Präcedenzwirkung für andere Staaten, denen die Sowjetunion Territorium abgenommen habe. Gromyko habe auf die Frage, warum ein

so riesiges Land sich weigere, vier winzige Inseln zurückzugeben, folgende Antwort erteilt: "Es ist nicht die Größe der Inseln, die zählt, sondern das Prinzip". Was aber sei hier mit "Prinzip" gemeint? Die Präzedenzwirkung für die Frage europäischer Territorien, die von der Sowjetunion besetzt worden sind.

Warum überhaupt wünsche die Sowjetunion einen Freundschaftsvertrag mit Japan? Hsinhua: "Hinter dem 'Vertrags'-Vorschlag verbirgt sich das wahre Ziel der Sowjetunion, nämlich Japan vor den Wagen ihres 'Asiatischen Kollektiv-Sicherheitsystems' zu spannen".

Hsinhua weist im gleichen Zusammenhang darauf hin, daß sich die Pläne der Sowjetunion ebenfalls gegen die USA richteten: Die vier Inseln seien "von großer strategischer Wichtigkeit an der pazifischen Front und wichtige Bollwerke gegen die USA in ihrem militärischen Ringen um die Weltherrschaft". Was das geplante KSA anbelangt, so sei es ein wichtiges Instrument, "um den amerikanischen Einfluß in Asien zu unterminieren und mit den USA im Kampf um die Welthegemonie auch politisch wetteifern zu können".

(18) Verbot für japanische Fischereischiffe

Japanische und chinesische Trawler und Fischdampfer dürfen innerhalb 60 sm von der chinesischen Küste im Ostchinesischen und Gelben Meer nicht länger fischen. Dies sieht ein Abkommen zwischen Tokyo und Peking vor, mit dem die weitere Überfischung dieser Meere verboten werden soll. Die bezeichneten Gebiete waren das Zentrum japanischer Steingarnelenfischerei. In dem Abkommen wird ausdrücklich auf die Erhaltung der Fischbestände verwiesen, ferner wird betont, daß die Haltung der beiden Länder nicht durch die 200-sm-Theorie berührt worden ist. Die japanische Fischerei-Lobby befürchtet jedoch, daß die Chinesen von dieser Theorie schon so weit beeinflusst sind, daß sie bald die Grenzen der für die Fischerei verbotenen Gewässer erweitern werden. In Tokyo wird ferner gefürchtet, daß die Chinesen das neue Abkommen dazu benutzen werden, große Fischereigesellschaften aus der Gelben und der Ostchinesischen See fernzuhalten und sie in Fischgründe, die bisher nur für kleinere Firmen vorgesehen waren, zu schicken (SWB/WER, 7.1.76).

(19) Eröffnung einer regelmäßigen Flugverbindung zwischen Peking und Phnom Penh

Am 23.1.1976 wurde eine direkte Luftlinie zwischen Peking und der kambodschanischen Hauptstadt eröffnet (NCNA, 23.1.1976).

Spiegelt sie das chinesisch-kambodschanische Verhältnis wider? Die Beschneidung des Einflusses Sihanouks, der ja als engagiertester Anhänger der chinesischen Linie hervorgetreten war, schien eine Zeitlang den Schluß nahelegen, als hätten sich die kambodschanischen Kommunisten verstärkt Hanoi und Moskau zugewandt.

Über die Tagesereignisse hinweg ist jedoch zu bedenken, daß die kambodschanisch-vietnamesischen Beziehungen aus verschiedenen Gründen nicht allzu eng ausfallen können: Zum einen besteht zwischen Kambodschanern und Vietnamesen

ein traditionelles Spannungsverhältnis, das darauf zurückzuführen ist, daß Vietnam jahrhundertlang an der "Reduzierung" des einst auf ganz Indochina ausgedehnten Khmer-Reiches hingearbeitet hat.

Zum anderen haben die nationalistischen und offenbar auch xenophobischen kambodschanischen Kommunisten mit ihrer harten Politik der Entvölkerung ganzer Städte und der sozialen Reformen bisher einen Weg der Eigenständigkeit und Autarkie beschritten, wie man es vorher nicht hatte ahnen können. Insoweit sind sie von den Vietnamesen, vor allem aber von sowjetischer Hilfe, weitaus unabhängiger als die Laoten. Im Gegensatz zum Pathet Lao auch haben die kambodschanischen Kommunisten eine nur verhältnismäßig kurze Tradition der Zusammenarbeit mit Hanoi. Bis zum Sturz Sihanouks im Jahre 1970 war sie überdies auch kaum von Bedeutung.

Will das neue Kambodscha seinen Kurs der Selbständigkeit und des nationalen Selbstbehauptungswillens durchhalten, so ist es gut beraten, sich wieder Peking anzunähern. Die Chinesen andererseits werden in die ihnen entgegengestreckte Hand gerne einschlagen, da sie andernfalls befürchten müßten, daß die Sowjetunion unmittelbar an ihrer Südflanke noch stärkeren Einfluß gewönne.

(20) China will pakistanische Touristen ins Land holen

Nach einer Meldung von Radio Pakistan hat die VRCh den Vorschlag unterbreitet, pakistanische Touristen aus verschiedenen Bereichen im Rahmen von Studienreisen und Fahrten zum besseren Kennenlernen des Landes nach China einreisen zu lassen.

Dem Bericht zufolge wurde in Karatschi offiziell mitgeteilt, daß sich Bauern, Juristen, Studenten, Gewerkschaftsführer und Künstler, welche die Reisekosten nach China bezahlen können, für derartige Reisen melden können. Die chinesische Regierung werde jedoch zusätzlich für sie Fragen der Abwicklung in China regeln (MD v.23.1.76).

(21) Empfang einer Fretilin-Delegation aus Ost-Timor in Peking

Ende Dezember wurde in Peking eine "Regierungs-Delegation der Demokratischen Republik Ost-Timor, die von Rogerio Tiavo de Fatima Lobato, Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber der Befreiungsarmee, geleitet wurde", in Peking empfangen (NCNA 2.1.76).

Die Chinesen haben sich offiziell auf die Seite der Fretilin geschlagen und die indonesischen "Einmischungsversuche" als imperialistisch verurteilt (dazu C.a. 1976/1 - Ü (10)).

Ob China die Fretilin auch mit Waffen unterstützt, ist unbekannt. Jedenfalls haben sich die Linken Fretilin-Kräfte bisher erfolgreich gegen die indonesischen Truppen verteidigen können, und zwar vor allem mit Hilfe von Guerilla-Taktiken. Nach australischen Meldungen seien bisher rd. 10.000 indonesische Soldaten seit Beginn der Offensive am 7. Dezember 1975 "eliminiert" worden (IHT, 3.1.76).

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

(22) China wünscht Abänderung der UNO-Charta - und versucht dabei, die beiden Supermächte zu "isolieren"

Zwei Wochen lang hat der 6. Ausschuß der UNO-Vollversammlung im November 1975 über die Notwendigkeit einer Überprüfung und Abänderung der UNO-Charta diskutiert.

Peking geht davon aus, daß sich die internationale Lage seit Gründung der UNO vor 30 Jahren grundlegend verändert habe. Viele Länder seien seither unabhängig geworden, und die Zahl der UNO-Mitglieder sei von ursprünglich 51 auf nunmehr 140 angestiegen.

Man müsse sich nun endlich Gedanken über die Abänderung der Charta machen, z.B. über die Ausweitung der Befugnisse der UNO-Vollversammlung, über die Beschneidung der Macht des Sicherheitsrats, über die Änderung der Zusammensetzung des Sicherheitsrats, über die Einschränkung oder Abschaffung des Veto-Rechts der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats usw.. Die Weltorganisation solle m.a.W. demokratisiert werden.

Am meisten sperrten sich die beiden Supermächte gegen eine solche Änderung mit dem Hinweis, daß die Charta in ihrer jetzigen Form die objektive Realität der internationalen Beziehungen widerspiegeln und daß eine Abänderung der Charta zu einem Weltkrieg führen müsse.

Erstens aber habe sich die internationale Lage gegenüber 1945 längst verändert und zweitens lägen die Ursachen für einen neuen Weltkrieg in dem Hegemonismus der beiden Supermächte und hingen keineswegs mit der Abänderung der Charta zusammen. In Wahrheit gehe es doch darum, daß die beiden Supermächte Angst hätten, ihre Privilegien in der Weltorganisation zu verlieren (PRu 1975, Nr. 50, S. 10, 30).

AUSLÄNDER IN DER VR CHINA

(23) Auch Medizin für Austauschstipendiaten des DAAD

Wie vom DAAD bekanntgegeben wurde, ist die VR China im Studienjahr 1976/77 bereit, neben den bisher angebotenen Fächern (chinesische Sprache, Philosophie, Geschichte und Literatur) auch das Fach Medizin für deutsche Austauschstipendiaten anzubieten. Dies dürfte in der Hauptsache wohl nur für absolvierte Mediziner mit entsprechenden Sprachkenntnissen in Frage kommen, die sich für spezielle Aspekte der chinesischen Medizin interessieren.

(24) ADAC: Mehr Plätze für China

Die Volksrepublik hat völlig überraschend für dieses Jahr zusätzliche Genehmigungen zur Einreise für deutsche Touristen erteilt. Wie die ADAC-Reise GmbH in München jetzt mitteilte, sind diese Angebote so kurzfristig und unvorhergesehen erfolgt, daß es möglicherweise sogar schwierig sein könnte, das Kontingent auszuschöpfen. Während ursprünglich mit dem Veranstalter für 1976 nur zwei Reisen mit je 20 Teilnehmern

genehmigt worden waren, seien nun plötzlich fünf Reisen für jeweils 25 Touristen zugelassen. Über die Gründe dieses Sinneswandels - die Volksrepublik China hatte sich bisher dem Fremdenverkehr gegenüber zurückhaltend gezeigt - weiß man in München nichts (Süddeutsche Zeitung, 22.1.1976).

INNENPOLITIK

Ein Teil der innenpolitischen Meldungen wurde in dem Thema zum "Vorrang des Klassenkampfes vor Stabilität und Einheit" zusammengefaßt.

(25) Angebliches "Politisches Testament" Chou En-lais in Tokyo veröffentlicht

In Tokyo wurde kürzlich ein Dokument bekannt, das von der japanischen Zeitung "Sankei Shimbun" als "politisches Testament" Chou En-lais bezeichnet und teilweise veröffentlicht wurde. Nach den Worten des stellvertretenden Chefredakteur des Blattes, T. Yamane, der sich auf Hong Konger Quellen stützte, habe Chou En-lai einen "Sterbebett-Brief" hinterlassen, der durch seine Witwe, das ZK-Mitglied der KPCh Teng Ying-chao, an alle Mitglieder des ZK verteilt worden sei. Das Schriftstück mit dem angeblichen politischen Vermächtnis Chous soll aus verschiedenen Teilen mit den Rubriken Diplomatie, Parteiangelegenheiten, Wirtschaft und Nationale Probleme Chinas bestehen.

In einem längeren Bericht griff die Nachrichtenagentur TASS am 27.2. und 29.2. in chinesisch- und englischsprachigen Sendungen die Angaben der japanischen Zeitungsveröffentlichung auf.

Hauptgegenstand der chinesischen Diplomatie sei nach dem Testament Chou En-lais der Kampf um Weltfrieden und Fortschritt der Menschheit. Wesentlich für den Erfolg dieses Kampfes sei die Zusammenarbeit zwischen friedliebenden demokratischen und sozialistischen Kräften der Welt. Des weiteren solle sich die Diplomatie Chinas auf das Prinzip der Aufrechterhaltung des internationalen Proletarismus gründen. Die sozialistischen Länder müßten ohne Fehl mit den Ländern der Dritten Welt zusammenarbeiten. China würde fortfahren, eine aktive Rolle auf der internationalen Bühne zu spielen, und müsse dabei die wirtschaftliche Zusammenarbeit und kulturelle Kontakte mit allen Ländern, einschließlich der Sowjetunion und Japans, entwickeln. Es sei dabei erforderlich, die auf der Bandungkonferenz verkündeten diplomatischen Prinzipien anzuwenden; Kooperation mit sozialistischen Ländern heiße aber nicht, in eine Allianz mit ihnen einzutreten.

In der Diplomatie sollten Klassenpositionen aufrechterhalten bleiben.

Unter der Rubrik Parteiangelegenheiten wurde darauf hingewiesen, daß die chinesische Revolution viele unterschiedliche Züge, nationale wie historische, aufweise. "Daher ist es nur natürlich, daß die KPCh einen unabhängigen Weg verfolgen soll. Ich wünsche aus tiefstem Herzen, daß die grundlegenden Prinzipien (bei der Regelung) von Parteiangelegenheiten - die Prinzipien der demokratischen Handhabung von Parteiangelegenheiten und der Parteiführung in der Wirtschaft - genau befolgt werden und daß die Partei nie wieder